

## Rechtsschutz im Steuerrecht

nach AO/FGO

Bearbeitet von  
Prof. Dr. Peter Zaumseil

1. Auflage 2014. Buch. 188 S. Softcover  
ISBN 978 3 8168 3491 5

[Steuern > Steuerrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# Steuer Seminar

**Band 9**

**Praktische Fälle des  
Steuerrechts**

**Zaumseil**

## **Rechtsschutz im Steuerrecht** nach AO/FGO

1. Auflage 2014

**efv**

**Erich Fleischer Verlag**

Zaumseil · Rechtsschutz im Steuerrecht  
nach AO/FGO



# Steuer-Seminar

## **Rechtsschutz im Steuerrecht** nach AO/FGO

69 praktische Fälle

Prof. Dr. jur. Peter Zaumseil  
Fachanwalt für Steuerrecht  
Professor für Wirtschaftsrecht und Steuerrecht  
German open Business School Berlin

1. Auflage  
2014



ERICH FLEISCHER VERLAG • ACHIM

**Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8168-3491-5

© 2014 Erich Fleischer Verlag, Achim

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: iBK-Druck & Service, Schreeßel

## Vorwort

Der vorliegende Band der Reihe Steuer-Seminar behandelt mit dem Rechtsschutz im Steuerrecht ein für die theoretische Steuerausbildung und die Steuerpraxis im Vordergrund stehendes Gebiet. Die Rechte des Steuerpflichtigen werden über das Verfahrensrecht durchgesetzt, in dem der Rechtsschutz im Steuerrecht als ein Kernbereich angesiedelt ist. Häufig werden unter dem Begriff des Rechtsschutzes im Steuerrecht in einem engeren Sinne nur das Klageverfahren und das sich ggf. anschließende Verfahren vor dem Bundesfinanzhof nach der Finanzgerichtsordnung verstanden. Dieses für die steuerberatende Praxis sehr wichtige Instrument wird bei Auseinandersetzungen mit dem Finanzamt gleichwohl nur bei einem Bruchteil der Streitfälle relevant. Denn regelmäßig können unterschiedliche Rechtsansichten bereits über das dem Klageverfahren vorgeschaltete außergerichtliche Rechtsbehelfsverfahren (Einspruchsverfahren) oder im Wege des alternativen Rechtsschutzes – wie etwa dem Billigkeitsverfahren – geklärt werden. Vor diesem Hintergrund behandelt der vorliegende Band nicht nur die typischen Fallkonstellationen des finanzgerichtlichen Verfahrens, sondern auch die in einem weiteren Sinne dem Rechtsschutz im Steuerrecht zuzurechnenden Verfahren des Einspruchs und dessen Alternativen zur Änderung von Steuerverwaltungsakten, um eine geschlossene Darstellung des gesamten Rechtsschutzes im Steuerrecht zu erreichen und damit den Bedürfnissen der Steuerpraxis zu entsprechen.

In diesem Buch sind deshalb neben den teilweise bereits in der 6. Auflage unter dem Titel „Finanzgerichtsordnung“ erschienenen Fällen zum finanzgerichtlichen Rechtsschutz vor allem weitere Kapitel zu den in der Praxis wichtigen Verfahrensfragen der Auseinandersetzung in Steuersachen hinzugetreten. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Einspruchsverfahren, das in der Beratungspraxis einen ganz besonderen Stellenwert einnimmt. Außerdem widmet sich der Band auch bewusst den in der steuerberatenden Praxis oft unterschätzten Alternativen zum förmlichen Rechtsschutz durch das Einspruchsverfahren etwa durch Korrekturanträge.

Der in der Reihe Praktische Fälle des Steuerrechts erscheinende Band zielt unter bewusster Vermeidung eines auf Vollständigkeit ausgerichteten Inhalts vor allem auf die für die Anwendungspraxis erheblichen Fragestellungen ab. Im Vordergrund steht deshalb die dogmatisch erläuternde Anwendung typischer Fallkonstellationen, weshalb die systematische Ableitung von Antworten aus dem Gesetz dargestellt und vor allem die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs berücksichtigt wird. Auf die Erörterung strittiger Fragen wurde im Hinblick auf die Anwendbarkeit ebenso bewusst verzichtet wie auf die Kommentierung jeder einzelnen Vorschrift der betroffenen Rechtsquellen. Das Buch verfolgt insoweit auch nicht das Ziel eines umfassenden Gesetzeskommentars oder eines einführenden Lehrbuchs, sondern soll zum schnellen Nachschlagen und zur übersichtlichen

Orientierung dienen. Es richtet sich damit an Angehörige der steuerberatenden Berufe, ihre Mitarbeiter sowie an alle Personen, die sich im Studium, in der Ausbildung oder bei der Vorbereitung auf Berufsprüfungen auf dem Gebiet des steuerlichen Rechtsschutzes vorbereiten wollen.

Die Aufbereitung der Fälle, die sich oft an konkreten Entscheidungen der Rechtsprechung orientieren, soll den Leser vor allem zur Anwendung der sich abstrakt aus dem Gesetz ergebenden Norm auf einen konkreten Fall anregen. Mit den behandelten Praxisfällen soll ein das Gesetz begleitendes Buch vorliegen, das systematische Zusammenhänge erschließt, Wahlrechte zwischen Rechtsschutzalternativen erkennen lässt und sichere steuerverfahrensrechtliche Argumentationen im Rahmen von Rechtsbehelfen ermöglicht. Deshalb umfasst der vorliegende Band auch nicht alle überhaupt möglichen Rechtsbehelfe, sondern nur die für Praxis und Ausbildung vordergründigen. Auf die Darstellung von selten gelagerten Fallkonstellationen wurde bewusst verzichtet. Bei den vor allem an spezifischen formellen Voraussetzungen gebundenen Rechtsbehelfen sind Prüfungsschemata und Beispielformulierungen in das Buch aufgenommen worden. Für die Arbeit mit diesem Buch empfiehlt sich die ständige Begleitung durch den Gesetzestext.

Berlin, im November 2013

Peter Zaumseil

## **Rechtsgrundlagen:**

**AO 1977** Abgabenordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 01.10.2002 (BGBl 2002 I S. 3866; BStBl 2002 I S. 1056), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz – AmtshilfeRLUmsG) vom 26.06.2013 (BGBl 2013 I S. 1809; BStBl 2013 I S. 802) und das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25.07.2013 (BGBl 2013 I S. 2749)

**FGO** Finanzgerichtsordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 28.03.2001 (BGBl 2001 I S. 442; BStBl 2001 I S. 262), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz – AmtshilfeRLUmsG) vom 26.06.2013 (BGBl 2013 I S. 1809; BStBl 2013 I S. 802)



# Inhaltsübersicht

Fall		Seite
	<b>I. Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren</b>	
1	Statthaftigkeit des Einspruchs – Untätigkeitseinspruch – Falschbezeichnung des Rechtsbehelfs. . . . .	15
	AO § 347 Abs. 1 Satz 2, § 357 Abs. 1 Satz 4	
2	Statthaftigkeit des Einspruchs bei vorbereitenden Maßnahmen des Finanzamts (Realakt) . . . . .	18
	AO § 347 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1	
3	Statthaftigkeit des Einspruchs bei nichtigem Verwaltungsakt – Geltung der allgemeinen Verfahrensvorschriften im Einspruchsverfahren – Nachholung fehlender Begründung im Einspruchsverfahren – Rechtsbehelfsbelehrung – Gesamtaufrollung im Einspruchsverfahren . . . . .	19
	AO § 121 Abs. 1, § 126 Abs. 1 Nr. 2, § 157 Abs. 1 Satz 3, § 347 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 365 Abs. 1, § 367 Abs. 2 Satz 1	
4	Anfechtung der Nebenbestimmung (Vorbehaltsfestsetzung) – Ziele des Einspruchsverfahrens – Einspruch bei verbundenem Verwaltungsakt (Verspätungszuschlag zur Einkommensteuer) . . . . .	22
	AO § 164 Abs. 1, § 152 Abs. 1, § 347 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1	
5	Statthaftigkeit des Einspruchsverfahrens nur in Abgabenangelegenheiten . . . . .	24
	AO § 1 Abs. 1, § 347 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1	
6	Beschwer bei Nullfestsetzung – Rechtsschutzbedürfnis als Voraussetzung des Einspruchs . . . . .	26
	AO § 350	
7	Beschwer bei Feststellungsbescheiden – Bindungswirkung von Grundlagenbescheiden . . . . .	27
	AO § 350, § 351 Abs. 2, § 352 Abs. 1 Nr. 2	
8	Beginn der Einspruchsfrist – Fristberechnung – Wahrung der Einspruchsfrist – Einlegung des Einspruchs schon vor der Bekanntgabe . . . .	29
	AO § 108, § 122 Abs. 2, § 355; BGB §§ 187 bis 193	
9	Verzögerter Ablauf der Einspruchsfrist – Anforderungen an eine ordnungsgemäße Rechtsbehelfsbelehrung – außergerichtlicher Rechtsbehelf als Zulässigkeitsvoraussetzung der Anfechtungsklage – Einspruch per E-Mail . . . . .	34
	AO §§ 108, 122, 355, 356, 357; FGO § 44 Abs. 1	
10	Rechtzeitigkeit der Fristwahrung beim Einspruchsverfahren (Postlaufzeiten) . . . . .	36
	AO § 355, § 357 Abs. 2	
11	Inhalt der Rechtsbehelfsschrift – Schriftform des Einspruchs – elektronische Kommunikation mit dem Finanzamt . . . . .	39
	AO §§ 87a, 357	

12	Bekanntgabe an Verfahrensbevollmächtigte – Vollmacht im Rechtsbehelfsverfahren – Abhilfebescheid . . . . .	41
	AO § 80 Abs. 3, § 122 Abs. 1, § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a, § 365 Abs. 1, § 367 Abs. 2 Satz 3	
13	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand – Einspruchsfrist – Prüfung der Zulässigkeit des Einspruchs durch das Finanzamt – Anfechtbarkeit der Entscheidung über die versagte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	44
	AO § 110, § 355 Abs. 1, § 358	
14	Wiedereinsetzungsfähige gesetzliche Fristen – Zurechnung des Verschuldens Dritter . . . . .	46
	AO § 110	
15	Notwendige Hinzuziehung im Einspruchsverfahren – einspruchsbefugte Personen (Mitunternehmerschaft) . . . . .	49
	AO § 352 Abs. 1, § 360	
16	Ausschlussfrist zur Vorlage von Urkunden im Einspruchsverfahren . . . .	50
	AO § 364b	
17	Verböserung im Einspruchsverfahren – Gesamtaufrollung des Steuerfalls – Zulässigkeit der Verpflichtungsklage bei der Ablehnung eines Antrags auf Erörterung des Sach- und Rechtsstands . . . . .	52
	AO § 364a Abs. 1, § 367 Abs. 2; FGO § 40 Abs. 1	
18	Beschleunigungsgrundsatz – Untätigkeitsklage – Aussetzung und Ruhen des Verfahrens . . . . .	54
	AO § 363; FGO § 46 Abs. 1	
19	Aussetzung der Vollziehung wegen unterlassenen Verböserungshinweises . . . . .	56
	AO § 361 Abs. 2 Satz 2, § 367 Abs. 2 Satz 2; FGO § 69 Abs. 2	
20	Aussetzung der Vollziehung wegen eines beim Bundesfinanzhof anhängigen Verfahrens . . . . .	59
	AO § 361 Abs. 2; FGO § 69 Abs. 2	
21	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung im Finanzgerichtsverfahren . . .	60
	FGO § 69	

## II. Finanzgerichtliches Klageverfahren

22	Zulässigkeit des Finanzrechtswegs – örtliche und sachliche Zuständigkeit – Verweisung an das zuständige Gericht – Verwaltungsrechtsweg . .	65
	FGO §§ 33, 35, 38, 70; GVG §§ 17a, 17b; VwGO § 40 Abs. 1, § 73 Abs. 3; GG Art. 106 Abs. 6, Art. 108 Abs. 4	
23	Anfechtungsklage – Ziel der Klage: Änderung des Steuerbescheids . . . .	68
	FGO §§ 40, 100	
	– Übersicht: Klagearten	
	– Beispiele für Klageanträge	

24	Anfechtungsklage – Zulässigkeit und Begründetheit der Klage – Prozessurteil und Sachurteil – isolierte Anfechtung der Einspruchsentscheidung FGO §§ 40, 44, 100 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 2	72
25	Klageerhebung bei Untätigkeit im Vorverfahren – Überprüfung einer Billigkeitsmaßnahme – Wechsel der Klageart . . . . . FGO § 44 Abs. 1, § 46; AO § 163	75
26	Sprungklage . . . . . FGO § 40 Abs. 1, § 45 Abs. 1; EStG § 39a	78
27	Isolierte Anfechtung der Einspruchsentscheidung . . . . . FGO § 44 Abs. 2	79
28	Rechtsschutzbedürfnis – vorbeugende Feststellungsklage. . . . . FGO § 40 Abs. 2, § 41 Abs. 1	81
29	Klagebefugnis – notwendige Beiladung – Gewinnfeststellungsverfahren FGO § 48 Abs. 1, § 60 Abs. 3	83
30	Klagefrist – Wiedereinsetzung in den vorigen Stand – Urlaubsabwesenheit – Ersatzzustellung . . . . . FGO §§ 47, 53, 54, 56; GG Art. 19 Abs. 4, Art. 103 Abs. 1; ZPO § 181	85
31	Klagefrist – Wiedereinsetzung in den vorigen Stand – Verzögerung des Postlaufs . . . . . FGO § 56 Abs. 1; GG Art. 19 Abs. 4, Art. 103 Abs. 1	87
32	Prozessvollmacht – Fristsetzung zur Vorlage . . . . . FGO § 62 Abs. 3	88
33	Klageerhebung – Unterschriftserfordernis . . . . . FGO § 64 Abs. 1 Satz 1	90
34	Inhalt der Klage – Prozessurteil, Sachurteil – Bestimmbarkeit des Klagebegehrens . . . . . FGO §§ 65, 96 Abs. 1 Satz 2	92
35	Zulässigkeit der Erweiterung des Klagebegehrens – Wirkung der Klagefrist . . . . . FGO § 40 Abs. 1, § 47 Abs. 1; ZPO § 264 Nr. 2	95
36	Aussetzung der Vollziehung – ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsakts – unbillige Härte . . . . . FGO § 69 – Übersicht zu den Voraussetzungen eines gerichtlichen Antrags auf Aussetzung der Vollziehung	98
37	Mitwirkungspflichten des Klägers – Schätzungsbefugnis des Gerichts . . FGO § 76 Abs. 1, § 96 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2; AO § 162	101

38	Erforschung des Sachverhalts – Beweiserhebung – Beweisbeschluss – Unerreichbarkeit des Beweismittels . . . . .	104
	FGO § 76 Abs. 1, § 81 Abs. 1, § 155; ZPO §§ 359, 373; StPO § 244 Abs. 3 – Übersicht zu den Beweismitteln des Finanzgerichtsverfahrens	
39	Erforschung des Sachverhalts durch das Finanzgericht – Verwendung mittelbarer Erkenntnisse aus einem Strafverfahren . . . . .	107
	FGO § 76 Abs. 1, § 81 Abs. 1	
40	Entscheidung aufgrund eigener Sachkunde – Sachverständigenbeweis .	111
	FGO §§ 76, 82; ZPO §§ 402 ff., 411, 412	
41	Ermittlung des Sachverhalts durch das Finanzgericht – Prozessgrund- sätze – Beweisantritt . . . . .	112
	FGO § 76 Abs. 1, § 82; ZPO §§ 358, 359, 373; AO § 122 Abs. 2	
42	Aktenübersendung zur Einsicht nur in Ausnahmefällen – Beschwerde- möglichkeit . . . . .	115
	FGO §§ 78, 128	
43	Ermittlungspflicht des Finanzgerichts – Zurückweisung verspäteten Vorbringens . . . . .	118
	FGO § 79b	
44	Beweiswürdigung und Feststellungslast – Beweisvereitelung . . . . .	120
	FGO §§ 76, 96; ZPO § 444	
45	Streitgegenstand im finanzgerichtlichen Verfahren – Saldierungstheorie – Verböserungsverbot . . . . .	123
	FGO § 96 Abs. 1 Satz 2, § 100 Abs. 1 Satz 1	
46	Entscheidung durch den Einzelrichter – vorbereitendes Verfahren – mündliche Gerichtsverhandlung – Urteil und Gerichtsbescheid . . . . .	125
	FGO § 6 Abs. 1, §§ 79a, 90, 90a, 94a, 105	
47	Gerichtliche Nachprüfung von Ermessensentscheidungen – Ermessens- unterlassung – Begründungsmängel . . . . .	128
	FGO § 102	
48	Revision und Nichtzulassungsbeschwerde – Zulässigkeitsvoraus- setzungen und Begründung der Rechtsmittel – Vertretung vor dem Bundesfinanzhof . . . . .	131
	FGO §§ 62, 115, 116	
49	Rüge einer Verletzung des rechtlichen Gehörs – Aufhebung der Vorent- scheidung durch den Bundesfinanzhof und Zurückverweisung der Sache an das Finanzgericht . . . . .	135
	FGO §§ 96, 120, 126	
50	Begründung der Revision – Auseinandersetzung mit dem angefochtenen Urteil – Zulässigkeitsvoraussetzung . . . . .	137
	FGO § 120 Abs. 3, §§ 124, 126 Abs. 1 – Muster einer Revision mit Begründung	

51	Kostentragung im Finanzgerichtsverfahren – vollmachtloser Vertreter . . .	139
	FGO §§ 62, 72, 79a, 128, 135	
52	Kostenentscheidung im Finanzgerichtsverfahren – Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache . . . . .	141
	FGO §§ 135, 137, 138	
53	Erstattungsfähige Kosten im Finanzgerichtsverfahren – Zuziehung eines Bevollmächtigten für das Vorverfahren . . . . .	144
	FGO § 139 Abs. 3 Satz 3	

### III. Nichtförmliche Rechtsbehelfe

54	Antrag des Steuerpflichtigen auf Änderung eines unter dem Vorbehalt der Nachprüfung ergangenen Steuerbescheids – Abgrenzung zum Einspruchsverfahren . . . . .	147
	AO § 164 Abs. 2 Satz 2, § 367 Abs. 2	
55	Rechtsschutz gegen vorläufige Steuerfestsetzung – Antrag auf end- gültige Festsetzung . . . . .	149
	AO § 165 Abs. 2 Satz 2, § 347 Abs. 1	
56	Antrag auf Änderung wegen nachträglich bekannt gewordener Tat- sachen – grobes Verschulden des Steuerpflichtigen (unterlassene Angaben in der Steuererklärung). . . . .	151
	AO § 173 Abs. 1 Nr. 2	
57	Antrag auf Änderung wegen nachträglich bekannt gewordener Tat- sachen – Zurechnung fremden Verschuldens – Bekanntwerden von Tatsachen während der Außenprüfung . . . . .	154
	AO § 173 Abs. 1 Nr. 2	
58	Antrag auf Änderung wegen nachträglich bekannt gewordener Beweis- mittel – Zusammenhang zwischen steuererhöhenden und steuermin- dernden Tatsachen und Beweismitteln – punktuelle Änderung . . . . .	157
	AO § 173 Abs. 1 Nr. 2	
59	Inhaltliche Anforderungen an den Antrag auf schlichte Änderung – Abgrenzung zum Einspruchsverfahren . . . . .	159
	AO § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a, § 367 Abs. 2	
60	Form des Antrags auf schlichte Änderung – verspätetet gestellter Antrag – Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .	161
	AO § 110, § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a, § 355	
61	Antrag auf Berichtigung eines Schreibfehlers des Finanzamts im Steuer- bescheid – Abgrenzung der Berichtigung zum Einspruchsverfahren . . . .	163
	AO §§ 129, 367 Abs. 2	
62	Antrag auf Berichtigung von Schreibfehlern des Steuerpflichtigen – Abgrenzung zur Änderung aufgrund nachträglich bekannt gewordener Tatsachen. . . . .	165
	AO §§ 129, 173 Abs. 1 Nr. 2	

63	Antrag auf Billigkeitsfestsetzung – sachliche und persönliche Billigkeitsgründe – gerichtliche Überprüfung des Ermessens . . . . .	168
	AO §§ 85, 163; FGO § 102	
64	Antrag auf Stundung – persönliche und sachliche Stundungsgründe – Abgrenzung zur Aussetzung der Vollziehung . . . . .	171
	AO §§ 222, 361; FGO § 69	
65	Erlassantrag – Ermessensreduzierung auf null – Abgrenzung zum Einspruchsverfahren . . . . .	173
	AO §§ 227, 240, 347, 361	
66	Gegenvorstellung – Vorliegen eines Verwaltungsakts – Prüfungsbericht der Außenprüfung. . . . .	175
	AO §§ 118, 202, 347; GG Art. 17	
67	Dienstaufsichtsbeschwerde – Befangenheitsantrag gegen Außenprüfer .	177
	AO §§ 83, 118, 347; GG Art. 17	
68	Niederschlagung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis – Rechtsschutz bei verwaltungsinternem Handeln . . . . .	178
	AO §§ 85, 118, 261, 347 Abs. 1	
69	Widerspruch und Klage eines Dritten gegen die Vollstreckung des Finanzamts. . . . .	179
	AO § 262	
	<b>Abkürzungen</b> . . . . .	181
	<b>§§-Schlüssel</b> . . . . .	183
	<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	185